

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Belegungen nehmen die Redaktionen und für Anzeigen die Druckereien entgegen. — Erscheint werktäglich. — Preis: 10 Pf. — Anzeigenpreis: 10 Pf. — Anzeigenpreis: 10 Pf.

Belegungen nehmen die Redaktionen und für Anzeigen die Druckereien entgegen. — Erscheint werktäglich. — Preis: 10 Pf. — Anzeigenpreis: 10 Pf. — Anzeigenpreis: 10 Pf.

Telegraphische Anzeiger für das Erzgebirge.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer.

Postfach-Nr. 100. Auer, Leipzig Nr. 1990

Nr. 12

Donnerstag, den 15. Januar 1925

20. Jahrgang

Schwierige Arbeit Dr. Luthers bei der Regierungsbildung.

Reichsminister Dr. Luthers sah am Dienstag seine Beratungen mit den Parteiführern über die Bildung eines überparteilichen Kabinetts fort. Bis 8 Uhr abends lag jedoch ein abschließendes Ergebnis noch nicht vor. Die entscheidenden Fraktionsführungen des Zentrums und der Deutschnationalen wurden auf die Nachmittagsstunden verschoben. In der siebenten Abendstunde waren ihre Beratungen noch nicht beendet. Die neuen Schwierigkeiten sind bei der Regelung der Personenfrage aufgetaucht. Verschiedene von Dr. Luthers für sein Kabinett in Aussicht genommene Ministerkandidaten wurden von den Parteien abgelehnt, so daß nach neuen Persönlichkeiten gesucht werden mußte. In den Mittagsstunden verhandelte Dr. Luthers lange Zeit mit dem Fraktionsführer der Deutschnationalen, Herrn Schiele.

Wie in parlamentarischen Kreisen unverbunden verlautet, dreht es sich bei den augenblicklichen Meinungsverschiedenheiten in der Hauptsache um die Besetzung des Reichsministeriums des Innern. Das Zentrum wünscht, daß dieses Amt mit dem Älner Oberbürgermeister Dr. Wenaue besetzt wird und möchte den Deutschnationalen nur das Verkehrsministerium zugestehen. Dies haben jedoch die Deutschnationalen als unmögliche Lösung bezeichnet, weil das Verkehrsministerium keinerlei politische Bedeutung habe und nur noch ein Kumpfmünisterium darstelle. Das Zentrum soll geneigt sein, nimmere mit der Besetzung des Reichsfinanzministeriums mit einem Deutschnationalen und zwar mit dem Abgeordneten Herzig sich einverstanden zu erklären. Die Persönlichkeit des Herrn Wenaue soll, wie es weiter heißt, den Deutschnationalen nicht annehmbar erscheinen.

Wie die Dinge im Augenblick liegen, scheint jedoch auf allen Seiten das Bestreben vorzuherrschen, endlich zu einer Lösung zu gelangen. Die Deutschnationale Fraktion hat am Abend ihre Sitzung auf kurze Zeit unterbrochen, um Herrn Schiele zu Herrn Luthers zu entsenden. Bei dieser Gelegenheit sind weitere Kompromißmöglichkeiten erörtert worden. Nach Rückkehr Dr. Schieles setzte die Fraktion ihre Beratungen fort.

Namenskombinationen.

Berlin, 13. Jan. Dr. Luthers hat die Absicht, sein Kabinett so zusammenzusetzen, daß je ein Vertreter der bürgerlichen Fraktionen mit Ausnahme der Demokraten im Kabinett einen Sitz erhalten. Die Posten werden teils mit Fachministern, teils mit Männern besetzt, die jenen Fraktionen nahe stehen, mit deren Stimmen Dr. Luthers die Möglichkeit für das erste Vertrauensvotum erhalten will. Vorbehaltlich des Ergebnisses weiterer Verhandlungen ist man jetzt sicher, daß das Kabinett u. a. folgende Persönlichkeiten enthalten wird: Reichskanzler Dr. Luthers, Außenminister Dr. Stresemann als Vertrauensmann der Deutschen Volkspartei, Arbeitsminister Dr. Brauns als Vertrauensmann des Zentrums, Innenminister Wallraf als Vertrauensmann der Deutschnationalen, Reichswehrminister Geyer als Fachminister, Ernährungsminister Graf Rantz als Fachminister, Justizminister Dr. Emminger als Vertrauensmann der Bayerischen Volkspartei, dazu ein Vertrauensmann der Wirtschaftspartei. Zu besetzen wären dann noch der Posten des Reichsfinanzministers, des Reichspostministers, des Ministers für die besetzten Gebiete und des Reichsverkehrsministers.

Der Stand der Dinge Mittwoch früh.

Berlin, 14. Jan. Der halbamtlichen Meldung, wonach für heute die Vertrauensfrage Dr. Luthers mit der Kabinettsbildung erwartet werden darf, wissen die Wähler wenig Ergänzendes hinzuzufügen. Die „Voss. Zig.“ behauptet, Dr. Luthers habe mit den Fraktionsführern gestern am späten Abend eine Verständigung erreicht, es stehe nur noch die Zustimmung der Fraktionen, namentlich der Deutschnationalen und des Zentrums, aus. Als Vertrauensleute der Fraktionen im Kabinett werden Wallraf, Dr. Stresemann, Dr. Brauns und Graf Berchthold genannt. Als außerparlamentarische Minister kämen hinzu die bisherigen Minister Dr. Geyer und Graf Rantz sowie die neuen Fachminister.

Demokratischer Mißtrauensantrag gegen Graf.

Wie der „Berliner Börsenkurier“ berichtet, wird die Demokratische Partei einen Mißtrauensantrag gegen den deutschnationalen Bizepspräsidenten des Reichstages einbringen, der sich geweigert hat, den Abschied des Reichspräsidenten Ebert zu machen, und auch, als Ebert dem Präsidium des Reichstages seinen Gegenseidung machte, ostentativ fernblieb.

Amerikas kommende Außenpolitik.

Der Washingtoner Berichterstatter der „Times“ zählt die Punkte auf, in denen die amerikanische Außenpolitik sich unter Kellogg und Borah in Zukunft von der Außenpolitik des Staatssekretärs Hughes unterscheiden werde. Hughes habe alle Verhandlungen mit Sowjetrußland abgelehnt, während Borah vorschläge, einen amerikanischen Untersuchungsausschuß nach Rußland zu entsenden, um die politischen und wirtschaftlichen Zustände in Sowjetrußland zu studieren. In Washington spricht man sogar davon, daß Borah in einem beratigen Ausschuß den Vorschlag übernehme werde. Borah habe ferner dem Präsidenten vorgeschlagen, eine internationale Konferenz einzuberufen, die zugleich die Abrüstungsfrage, die Frage der internationalen Schulden und die Reparationsfrage endgültig regeln soll. Hughes habe demgegenüber die Auffassung vertreten, daß die Abrüstungsfrage, die Schuldenfrage und die Reparationsfrage völlig voneinander getrennt verhandelt werden müßten. Er sei der Ansicht, daß diese „in völlig isolierten Beiden getrennt gehalten werden“ müßten. Auch in der Frage des Völkerbundes und der Friedenssicherung haben größere grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten zwischen dem zurückgetretenen Staatssekretär und dem sitzenden Außenminister des Senats bestanden. Hughes vertritt die Auffassung, daß Amerika nicht eine völlig wirkungslose Gestalt gegenüber der starken, namentlich von den Kirchen genährten Strömungen zugunsten des Anschlusses Amerikas an den Völkerbund machen solle, und die Vereinigten Staaten unter zahlreichen Vorbehalten sich bereit erklären sollten, Mitglieder des Völkerbundes zu werden. Borah steht auf dem Standpunkt, daß der Haager Schiedsgerichtshof nichts leisten könne, solange für alle bestimmten völkerrechtlichen Begriffe, wie für den Angriffskrieg, für die Regelung der U-Boote, der Luftschiffe und Giftgase keine verbindliche völkerrechtliche Regelung vorgenommen ist. Borah hat daher Coolidge vorgeschlagen, auf einer internationalen Konferenz das Völkerrecht zu kodifizieren und den Angriffskrieg in Bann tun zu lassen. Borah scheint die Absicht zu haben, an Stelle des Genfer Protokolls eine von allen Völkern anerkennende Achserklärung gegen den Krieg zustande bringen zu wollen.

Der Dawesplan in Gefahr!

Newyork, 13. Jan. Senator Borah hielt im Senat, wie gestern schon kurz gemeldet, eine sehr beachtliche Rede, in der er ausführte, daß der Erfolg des Dawesplanes so lange fraglich bleibe, bis die Endsumme der von Deutschland zu zahlenden Reparationen endgültig festgesetzt worden sei. Die ausländische Industriekontrolle Deutschlands müsse sofort beseitigt werden, denn Deutschland bedürfe zur Ausführung des Dawesplanes völliger Freiheit auf allen Wirtschaftsgebieten. Der Dawesplan könne nur dann zur Ausführung kommen, wenn die Endsumme der deutschen Verpflichtungen in den durch die Bernunft gebotenen Grenzen festgesetzt würde. Heute sei der Dawesplan bereits wieder in Gefahr. Die wesentliche Bedeutung des Dawesplanes liege darin, daß er Wege eröffne, die zur Lösung der großen wirtschaftlichen Probleme Europas führen können. Er müsse in verschiedenen Punkten abgeändert werden, denn er überantworte die natürlichen und industriellen Energiequellen einer großen Nation fremden Interessen. Eine wirkliche Hilfe könne nur erfolgen, wenn Deutschland eine größere Anleihe genährt würde.

Schacht für das freie Unternehmertum.

Die Industrie- und Handelskammer in Köln gab im Anschluß an eine Sitzung, in der Geheimrat Dr. Douss Hagen wieder zum Präsidenten gewählt wurde, im Hotel Ditsch ein Festmahl, bei dem Reichsbankpräsident Dr. Schacht eine Rede mit stark politischem Einschlag hielt, die großen Beifall fand. Dr. Schacht lehnte die seiner Person zugeordneten Lobeshuldigungen ab. Unsere stabile Währung sei von niemand erfinden oder entdeckt worden, und das größte Verdienst gebühre den Hülfern der deutschen Wirtschaft, die die Notwendigkeit erkannt hätten, für die Stabilisierung Opfer zu bringen. Wenn uns, so führte Dr. Schacht weiter aus, der seltene Glückfall beschieden sein sollte, auch einmal eine festige Regierung zu erhalten, so könne das nur geschehen unter dem Gesichtspunkte einer Scheidung von bolschewistischer sozialistischer und individualistisch-kapitalistischer Grundauffassung. Gerade die letzten zehn Jahre hätten gelehrt, daß es für unsere gedeihliche Weiterentwicklung auf den Individualismus, auf die Leistung des einzelnen ankomme. Es müsse anerkannt werden, daß der deutsche Unternehmer sich tatsächlich nicht leisten lasse von dem bloßen Interesse am Geldverdienst, sondern von seiner höheren Aufgabe im Dienste der Allgemeinheit. Dieses Verantwortungsgewußt müsse erhalten bleiben, damit wir nicht wieder in eine bolschewistische Gefahr hineingeraten.

Die Reichspost kündigt die Barmarkredite

Berlin, 12. Jan. Wie mitgeteilt wird, hat die Reichspost ihre an Barmat und andere Kreditgeber gegebenen Kredite zum 1. Februar gekündigt. Es wird sich somit an diesem Tage zeigen, ob und welche Verluste das Reich durch die Ministerkündigung dieses erleiht. Auch die Kredite an die Gesellschaft Wologin sind zu diesem Tage gekündigt.

Auch die Krenzendank hat ihre sämtlichen Kredite zum 16. Januar gekündigt, die aber mit der Schwindelfälsche Barmat und Genossen nichts zu tun haben.

Die „Sicherheiten“ für die Staatsbank fast wertlos.

Berlin, 12. Jan. In der Barmat-Affäre haben die Beauftragten und Sachverständigen der Staatsanwaltschaft am Sonnabend mit der Prüfung der Kreditunterlagen Barmats bei der Reichspost begonnen. Die Untersuchung wird mehrere Tage dauern. Inzwischen ist durch die Nachprüfung der Effekten und Wechsel in der Staatsbank festgestellt, daß ein Teil der von Barmat gegebenen Sicherheiten völlig wertlos, ein anderer, und zwar fast $\frac{1}{2}$ der Unterlagen als um 80 Prozent übermietet anzusehen ist. Im übrigen laufen bei der Staatsanwaltschaft Moabit fast täglich neue Anzeigen von durch Barmat, Kutzler und Genossen Geschädigten ein.

Die Berliner Volkspartei fordert Abberufung des Volksparteipräsidenten.

Berlin, 13. Jan. Eine Deputiertenversammlung der Volksparteipräsidiums befaßte sich mit Richters Beziehungen zum Barmatkongern. In einer Resolution an den Minister des Innern wurde die Forderung ausgesprochen nach einer genauen Nachprüfung der Nachschuldingen gegen den Berliner Volksparteipräsidenten Richter im Interesse des Ansehens des preussischen Deputierten und um Disziplinierung des Volksparteipräsidenten bis zum Abschluß der Disziplinarmassnahmen.

25 Millionen Kaution für die Barmat.

Im Barmatstandal waren bis Montag gegen 53 Beschuldigte Strafverfahren eingeleitet worden. 29 Beschuldigte befinden sich in Haft. Die Brüder Barmat haben unter Angebot einer bisher unerscherten Kaution von 25 Millionen Goldmark einen neuen Haftentlassungsantrag einreichen lassen.

Sozialdemokratie und Barmataffäre.

Der sozialdemokratische Parteivorstand hat sich in einer Sitzung am Montag im Reichstag mit den Unschuldingen, die im Zusammenhang mit dem Fall Barmat erhoben werden, beschäftigt. Es wird darüber folgendes mitgeteilt: „Eingelene deutsche Parteigenossen lernten Julius Barmat Ende April 1919 anlässlich einer Sitzung der Internationale in Amsterdam kennen. Den Parteigenossen, die mit ihm persönlich verkehrt haben, wurde nichts bekannt, was der geschäftlichen oder persönlichen Ehre Barmats abträglich gewesen wäre. Noch im Jahre 1922 traten führende Mitglieder der Deutschnationalen, die Barmat als „Schieber“ bezeichnet hatten, den Rückzug an, als ihnen mit Klage gedroht wurde. Was die behauptete geschäftliche Verbindung zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und Barmat angeht, stellt der Parteivorstand fest, daß eine Verbindung zwischen der Partei und den Geschäften der Barmat niemals bestanden hat, insbesondere ist es unzutreffend, daß die Partei jemals an Lebensmittelgeschäften teilgehabt oder gar aus ihnen Vorteil gezogen hat. In der Öffentlichkeit sind ferner in diesem Zusammenhang eine Anzahl bekannter Parteigenossen genannt worden. Der Parteivorstand hat sich mit diesen Vorwürfen befaßt und festgestellt, daß in keinem Falle ein Beweis dafür erbracht ist, daß Parteigenossen ihren politischen Einfluß zur Erlangung persönlicher Vorteile benutzt haben. Der Parteivorstand stimmt mit der Fraktion darin überein, daß durch die gerichtliche und parlamentarische Untersuchung volle Klarheit über alle Korruptionsschuldigungen geschaffen werden muß.“

Das rheinische Pressefest abgesagt.

Das deutsche Pressefest am Rhein, das am 17. Januar stattfinden sollte, ist bis auf weiteres verschoben worden, weil die Voraussetzungen, unter denen die Festlichkeiten in Aussicht genommen worden waren, entfallen sind.

Gleichzeitig wird ein Schreiben des Reichspräsidenten an die Veranstalter des Deutschen Pressefestes am Rhein bekanntgegeben, in dem es heißt, er habe seinerzeit die Einladung zum Kölner Pressefest angenommen in der Hoffnung, dieses in einem freien Köln mitbegehen zu können und auf freierem deutschen Boden mit den Veranstaltern der großen Geschichte des Rheinlandes und der Leute seiner Wohnort zum Reich festlich zu gedenken. Diese Hoffnung sei leider zunichte geworden. Die Kölner Presse würde es wohl verstehen, wenn er unter diesen Umständen seine frühere Zusage rückgängig mache.